

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 34

Von 19.August bis 25.August

2024

Freizeitwohnsitze: Befugnisse von Gemeinden ausweiten

Innsbruck – Der Bericht des Landesrechnungshofs zu den Freizeitwohnsitzkontrollen der Gemeinden schlägt Wellen. Aus Sicht des Landesrechnungshofs würden die Erfahrungen der Gemeinden zeigen, „dass die Überprüfungen aufgrund der vorhandenen – gesetzlichen – Möglichkeiten bisher schwer zu vollziehen waren“. Er empfiehlt deshalb weitreichendere Befugnisse für die Kommunen. So sei die Zusammenarbeit mit anderen Behörden wie der Finanz gesetzlich sicherzustellen.

In diese Kerbe schlagen auch die Oppositionsparteien Liste Fritz, Grüne und NEOS. Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint drängt auf höhere Strafen bei Umgehungen, die geforderten zehn Prozent des Immobilienwerts werden jedoch von Verfassungsdienst des Landes sehr kritisch gesehen. Vielmehr wird eine Erhöhung auf 80.000 Euro vorgeschlagen. Als wirksame Maßnahme bezeichnet Sint auch die jahrelange Forderung der Liste Fritz, zur Ent-

lastung der Gemeinden eine eigene Taskforce vom Land einzurichten, um gegen illegale Freizeitwohnsitze erfolgreich vorgehen zu können. „Alle diese Maßnahmen und konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Kontrollen, zur Unterstützung der Bürgermeister und Gemeinden, zur Minimierung von illegalen Freizeitwohnsitzen und zum Stopp des Ausverkaufs Tirols hat die ÖVP bisher blo-

ckiert und verhindert. Zuerst gemeinsam mit den Grünen, inzwischen gemeinsam mit der SPÖ“, kritisiert Sint.

NEOS-Klubobmann Dominik Oberhofer unterstützt Sint. „Es braucht dringend eine Landes-Kontrollbehörde, die für die Gemeinden die Kontrollen übernimmt.“ Die in den letzten Jahren stark unter Druck gekommenen Gemeinden seien mit den Kontrollen heillos überfordert und wüsten nicht, wie sie das finanziell und personell stemmen sollen.

Die Grünen schlagen vor, für effiziente Kontrollen von Freizeitwohnsitzen die bereits vorhandenen Daten miteinander zu verschneiden. „Bund, Land und Gemeinden müssen zusammenarbeiten. Jeder sammelt Daten für sich und niemand darf sie gemeinsam anschauen“, sagt Klubchef Gebi Mair. Für eine Novelle des Meldegesetzes bräuchte es allerdings die Zustimmung der ÖVP im Bund. „Jeder weiß, wo die Freizeitwohnsitze sind und niemand darf hinschauen.“ (pn)



Foto: Böhm

„*Es ist offenkundig so, dass die ÖVP auf den unterschiedlichen politischen Ebenen gar nicht will.*“

Gebi Mair/Grüne
(Klubobmann)

Gehaltsreform soll bis Anfang 2025 stehen

Die Entlohnung im Pflege- und Gesundheitsbereich steht auf dem Prüfstand. Auch Betriebsrat der Tirol Kliniken fordert mehr Tempo.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Es sind längst nicht nur die Pflegeberufe, die auf der Gehalts-Agenda der schwarz-roten Landesregierung stehen. Die laufende Evaluierung betrifft auch die Ärzteschaft sowie weitere medizinische bzw. medizinisch-technische Berufe. Das bestätigt Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) nun in einer aktuellen Anfragebeantwortung an Listefritz-Landtagsabgeordnete Andrea Haselwanter-Schneider. Wie berichtet, bemängelt die Opposition, dass Hageles Evaluierungsbericht längst überfällig sei.



Foto: Böhm

„ Wenn wir uns in der Patientenversorgung so lange Zeit lassen würden, wäre der Patient längst tot.“

Birgit Seidl (Vorsitzende Zentralbetriebsrat Tirol Kliniken)

Doch es ist nicht nur die Opposition, die Hagele ins Visier nimmt. Auch dem Betriebsrat an den Tirol Kliniken geht die angekündigte Reform viel zu langsam. Die Vorsitzende des Zentralbetriebsrates, Birgit Seidl, wählt hierzu einen drastischen Vergleich: „Wenn wir uns in der Patientenversorgung so lange Zeit lassen würden, wäre der Patient längst tot.“

Seidl hat an runden Tischen und auch am Pflegegipfel mit Hagele teilgenommen. Handfestes sei bis dato aber noch nicht auf den Verhandlungstisch gekommen, kritisiert Seidl. In der Gehalts-Debatte sei nicht nur der Landes- und der Gemeindeteil in der Gesundheitsversorgung mitzubetrachten. Es dürfe neben den erwähnten Berufsgruppen auch der Verwaltungsbereich nicht vergessen werden, warnt Seidl. Dies umfasse beispielsweise auch die Gruppe der für die Aufrechterhaltung des Gesundheitsbetriebes unerlässlichen „Servicemitarbeiter“. Diese medizinischen Organisationstätigkeiten seien essenziell. Ebenso stellt Seidl die Frage, unter welchem Schwerpunkt das Land die Gehaltssituation im Gesundheitsbereich betrachten lasse – von jener der Arbeitgeber- oder der Arbeitnehmerseite?

Hagele lässt die Kritik nicht auf sich sitzen. Dass sie im Herbst 2023 intern das Gehalts-Paket für Ende Juni 2024 versprochen haben soll, dementiert man aus Hageles Büro als „falsche Darstellung“. Das Konzept zur Evaluierung sei im Jänner vorgelegen, das Evaluierungsergebnis ist für Herbst angekündigt. Dann solle auch ein externes Gutachten einfließen, welches die Gehaltssysteme in Norditalien und dem süddeutschen Raum mit Tirol vergleiche. Dieses wird in den nächsten Wochen erwartet, die Kosten hierfür betragen 32.500 Euro. Dann, so Hageles Büro, gehe es in die Verhandlungen. Ein Gesamtpaket soll bis Ende 2024 stehen. In welchem Umfang, das sei noch offen. Hernach gelte es, dieses in eine dem Landtag vorzulegende Gesetzesform zu gießen, heißt es.

Zweifel an Terminplan

Seidl jedoch hinterfragt Hageles Terminplan. Die letzte große Reform (2016) benötigte satte zwei Jahre von der ersten Ankündigung bis zum Inkrafttreten. Umso mehr drängt Seidl, dass bei allfälligen Verzögerungen die Gehaltsreform auch rückwirkend mit 1. Jänner 2025 Geltung finden müsse. Das zweifelt man in Hageles Büro jedoch an.

Für Haselwanter-Schneider steht einmal mehr fest, dass Hagele sich scheue, heiße Eisen im Gesundheitsbereich zügig anzugehen: „Betten-sperren, Personalmangel, fehlende Termine – Leidtragende sind in jedem Fall die PatientInnen.“ Der Landesregierung, so die Kritik, fehle es letztlich „an Wertschätzung gegenüber den Gesundheitsberufen“.



Im Gesundheits- und Pflegebereich hakt es in vielen Bereichen. Foto: istock

Pensionist wehrt sich gegen Parkplatzkosten

In einer Siedlung im Innsbrucker Stadtteil Sieglanger verzweifeln MieterInnen und Mieter nach einer Preiserhöhung für ihre Stellplätze.

Von Verena Langegger

Innsbruck – Der 85-jährige Polizeibeamte im Ruhestand Simon Ainetter fällt dieser Tage aus allen Wolken. Er hat einen Brief von seiner Hausverwaltung bekommen. „Ich muss meine Garage ausräumen. Ende September endet der Mietvertrag.“ Im gleichen Brief (dieser liegt der *TT* vor) wird ihm angeboten, die Garage um eine Gesamtmiete von 120 Euro bei Interesse erneut anzumieten. Bisher hat Ainetter 36 Euro pro Monat bezahlt. Der Mietpreis für die Garage hat sich also blitzartig mehr als verdreifacht.

„ Ich muss meine Garage ausräumen. Ende September endet der Mietvertrag.“

Simon Ainetter
(Pensionist)



Simon Ainetter wohnt seit Jahrzehnten im Sieglanger. Nun wird sein Abstellplatz empfindlich teurer.

Foto: Ainetter

Simon Ainetter wohnt seit 52 Jahren in dieser Wohnung in der Weingartnerstraße. Und er ist nicht der Einzige in den Wohnhäusern, der dieses Schreiben erhalten hat. Insgesamt leben in den drei Wohnhäusern 36 Parteien. Unter den durchwegs älteren Mieterinnen und Mietern mit unbefristeten und unkündbaren Mietverträgen geht nun die Angst um. Was kommt als Nächstes? Befürchtet wird, dass die Immobilieneigentümer auch den Mietvertrag der Wohnung einfach aufkündigen. Und die Miete dann schlagartig teurer wird. Auf Nachfrage weist der Immobilieneigentümer darauf hin, dass es rechtlich üblich sei, Stellplätze zu marktüblichen Preisen anzubieten.

Viele der Mieterinnen und Mieter jener Häuser in der Weingartnerstraße seien krank und auf das Auto angewiesen, sagt der Schwie-

gersohn einer Mieterin. Sie selbst will nicht genannt werden, sagt aber, dass „die Parkplätze damals einfach unter den Mietern vergeben worden sind“. Mietvertrag gebe es keinen. In einer Gemeinschaftsaktion seien dann vor vielen Jahrzehnten Dächer auf die Parkplätze montiert und diese damit zu Carports gemacht worden. Sie selbst habe bisher 12 Euro für einen Außenparkplatz bezahlt. Auch ihr wurde per Brief die Kündigung per 30. September zugestellt und die Möglichkeit der Anmietung des Parkplatzes um 120 Euro angeboten.

Genau gegenüber im Innsbrucker Stadtteil Sieglanger wohnt Gemeinderat Tom Mayer (Liste Fritz). Auch er hat schon von den Kündi-

gungsschreiben gehört. „Wir verwehren uns dagegen, dass Immobilienfirmen, die die ehemaligen Buwog-Wohnungen gekauft haben, nun



Foto: Liebl

„ Die Eigentümer wollen die Wohnungen für die Mieterinnen und Mieter unattraktiv machen.“

Tom Mayer
(Gemeinderat)

versuchen, von älteren Mieterinnen und Mietern Geld rauszupressen.“ Für Mayer sind diese Methoden inakzeptabel. „Die Eigentümer wollen die Wohnung für die Mieterinnen und Mieter unattraktiv machen, weil sie sonst nicht ausziehen“, vermutet er. Mayer berichtet von einem weiteren Fall in diesem Wohnblock. Eine Tochter habe nach dem Tod ihres Vaters dessen Wohnung übernommen. Daraufhin seien die Betriebskosten schlagartig in die Höhe geschossen.

Was Mayer aber besonders aufregt, ist der Wucherpreis für die Autoabstellplätze. „Ich wohne ebenfalls im Sieglanger und zahle für einen Carport in einem Neubau 78 Euro pro Monat. Da stimmt doch etwas nicht.“